



WVMetalle Frühstück zu den Themen Antidumping und Marktverzerrung

Die WVMetalle hat im Zuge der Modernisierung der Antidumping-Verordnung eine Studie zu den Marktverzerrungen in der chinesischen NE-Metallindustrie bei Professor Dr. Markus Taube in Auftrag gegeben. Er ist Lehrstuhlinhaber für Ostasienwirtschaft/China an der Fakultät für Betriebswirtschaft der Universität Duisburg-Essen. Die Vorstellung der Studienergebnisse war Anlass für eine Frühstücksdebatte im Europäischen Parlament, zu welcher der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, und die WVMetalle geladen hatten.

03.07.2017

Prof. Taube verwies in seinen Ausführungen auf die massiven Marktverzerrungen in China in der Metallindustrie. Unter anderem erhielten 65 chinesische NE-Metallunternehmen zwischen 2010 und 2016 über 7,3 Mrd. Euro an Subventionen in Form von betriebsfremden Einkommen und passiven Rechnungsabgrenzungskosten. In Summe sind das mehr als 44 Prozent der ausgewiesenen Nach-Steuererträge. Überdies wurden im selben Zeitraum 4.000 individuelle Subventionen gezahlt, wobei die Zahlungen für Energie besonders prägnant waren.

Insgesamt greift China flächendeckend bei den Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital in den Markt ein und ruft somit massive Preisverzerrungen hervor. Diese ziehen sich durch die gesamte Wertschöpfungskette und gefährden künstlich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen NE-Metallindustrie.

Taube erklärte diesbezüglich, dass Europa eine langfristige Handelspolitik betreiben muss. Diese müsse die variable Vorgehensweise der chinesischen Industrie- und Exportpolitik beachten. Taube rechnet damit, dass weder die Überkapazitäten in Teilen der NE-Metallindustrie abgebaut werden, noch die chinesische Einkaufstour von europäischen Firmen ein nahes Ende hat. Vielmehr sind das gezielte und strategische Entscheidungen der chinesischen Regierung, um bis 2025 in der Wertschöpfungskette aufzuschließen und Weltmarktführer zu züchten. Diese würden dann auch deutschen Branchenriesen zunehmend gefährlich.

Die Teilnehmer wiesen in diesem Kontext darauf hin, dass sich die Politik nicht nur auf die Hersteller von Endprodukten konzentrieren darf. Vor allem muss die EU eine Strategie für die gesamte Wertschöpfungskette, also eine strategische Industriepolitik entwickeln. Handelspolitik muss zukünftig ein wesentlicher Bestandteil von Industriepolitik sein. Neben Mitgliedern des Europäischen Parlaments nahmen auch Referenten unterschiedlicher Büros, Kommissionsvertreter und Repräsentanten der NE-Metallindustrie an der Veranstaltung teil.

Fotos von der Veranstaltung finden Sie bei [Flickr](#).